



OSTALBKREIS

Information des Landratsamts Ostalbkreis
nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
zur Erhebung, Verarbeitung und Speicherung von Personaldaten im Rah-
men der Personalverwaltung
(Erfassung personenbezogener Daten mittels Personalbogen)

Wir erheben und verarbeiten zur Wahrnehmung von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen bzw. die uns in Ausübung öffentlicher Gewalt übertragen wurden sowie auf vorvertraglicher oder vertraglicher Basis personenbezogene Daten. Wir informieren Sie hiermit gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) über den Umgang mit den bei uns verarbeiteten personenbezogenen Daten, wenn Sie mit uns ein Dienst-/Beschäftigungsverhältnis eingehen.

Verantwortlicher:

Verantwortlich für die rechtmäßige Verarbeitung der Daten ist das

Landratsamt Ostalbkreis
Hier: Geschäftsbereich Personal
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen

Tel: 07361/503-0
Mail: info@ostalbkreis.de
Internet: www.ostalbkreis.de

Verantwortlicher: Herr Landrat Dr. Joachim Bläse

Datenschutzbeauftragter:

Unser Datenschutzbeauftragter ist unter datenschutz@ostalbkreis.de zu erreichen.

Zweck der Datenverarbeitung und Rechtsgrundlage:

Die Landkreisverwaltung erhebt mit Hilfe eines Personalbogens diejenigen personenbezogenen Daten ihrer Beamten und Beschäftigten, die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen und tariflichen Pflichten als Arbeitgeber aus dem jeweiligen Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Im Folgenden sind die wichtigsten Verarbeitungszwecke aufgelistet:

- Führen der Personalakte
- Grundlage für die Auszahlung des monatlichen Gehalts
- Feststellung von Beschäftigungs- und Dienstjubiläen
- Kontaktaufnahme
- Reisekostenabrechnung
- Erstellung von Parkberechtigungen
- Abwicklung Jobticket
- Erstellung von Vertragsunterlagen
- Erstellen von Statistiken (z.B. Schwerbehindertenstatistik)
- Veröffentlichung Mitarbeiterportal (Sprachkenntnisse, Name)
- Ausbildung von Ersthelfern/Evakuierungshelfern
- Veröffentlichungen Homepage (Name)
- Anmeldung zu Weiterbildungsveranstaltungen
- Meldungen an Krankenkassen, Finanzamt, Agentur für Arbeit etc.
- Erstellung von Zeugnissen
- Feststellung der Erfahrungsstufe
- Erstellung von Schreiben und Bescheinigungen
- Betriebsärztliche/Amtsärztliche Untersuchungen
- Erstellung von Förderanträgen (z.B. Eingliederungszuschuss)

Die Erhebung kann auch mit einem entsprechenden Online-Tool erfolgen. Die auf diese Weise erhobenen Daten werden gespeichert und dem o.g. Zweck entsprechend verarbeitet sowie gespeichert.

Rechtsgrundlagen der Datenerhebung, -verarbeitung und -speicherung sind Art. 6 Abs. 1 b) und e) DSGVO in Verbindung mit Art. 88 Abs. 1 DSGVO. Sollten über die für die Abwicklung des jeweiligen Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnisses erforderlichen personenbezogenen Daten hinaus auf freiwilliger Basis seitens des Beamten/Beschäftigten weitere personenbezogene Daten angegeben werden (keine Pflichtangaben), erfolgt die Verarbeitung auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO (Einwilligung). Diese Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden (s.u.).

Arten der personenbezogenen Daten, die wir verarbeiten:

Verarbeitet werden insbesondere folgende Daten:

- Personenstammdaten (Name, Vornamen, ggf. Geburtsname, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit),
- Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, E-Mail),
- Angaben zur schulischen Ausbildung und zur beruflichen Qualifikation,
- ggf. Angaben über Behinderungen nach dem SGB IX,
- ggf. Angaben zu Lohnpfändungen, Lohnabtretungen,
- ggf. Kopien von polizeilichen Führungszeugnissen.

Externe Empfänger oder Kategorien von externen Empfängern der Daten:

Die Verarbeitung und eine eventuelle Übermittlung der Daten an externe Dritte erfolgt insbesondere für die Lohn-, Gehalts- und Entgeltverrechnung sowie die Einhaltung von Aufzeichnungs-, Auskunfts- und Meldepflichten, soweit dies auf Grund von Gesetzen oder Normen der kollektiven Rechtsgestaltung oder arbeitsvertraglicher Verpflichtungen erforderlich ist. Hierzu gehört auch die Erstellung, Verarbeitung und Speicherung automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente. Eine Übermittlung der im jeweiligen Einzelfall relevanten Daten können auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen sowie aufgrund vertraglicher Vereinbarungen/Verpflichtungen insbesondere an folgende Stellen erfolgen:

- Finanzamt
- Industrie- und Handelskammer
- Bildungs- und Weiterbildungsanbieter
- Wahlvorstände für Personalratswahlen
- Organe der Interessensvertretung (Personalrat, Fachkraft für Arbeitssicherheit, Gleichstellungsbeauftragte...)
- Rechtsvertreter
- Gerichte
- Gläubiger der betreffenden Person sowie sonstige an der damit verbunden Rechtsverfolgung Beteiligte (auch bei freiwilligen Gehaltsabtretungen für fällige Forderungen)
- Banken, Sparkassen, sonstige Kreditinstitut
- Ggf. vom Arbeitnehmer angegebene Gewerkschaft
- Mitversicherte Personen
- Agentur für Arbeit
- Zollverwaltung
- Gesetzliche Interessensvertretungen
- Sozialversicherungsträger
- Pensionskassen
- Versicherungsunternehmen im Rahmen bestehender Versicherungsverhältnisse
- Betriebsarzt
- Neuer Arbeitgeber (z.B. Beamte)

Ihre personenbezogenen Daten sowie Ihre Dokumente, die Sie uns zur Verfügung stellen, können durch Mitarbeitende mit Personalverantwortung sowie Verantwortliche der zuständigen Gremien bzw. Stellen (Kreistag und Ausschüsse, Personalrat, ggf. Gleichstellungsbeauftragte, ggf. Schwerbehindertenvertretung) im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten eingesehen werden. Die entsprechenden Personen sind zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.

Verarbeitung freiwilliger Angaben - Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO:

Darüber hinaus können auf der Grundlage Ihrer Einwilligungen weitere personenbezogene Daten verarbeitet werden. Hierzu zählen insbesondere

- Gewerkschaftszugehörigkeit,
- Notfallkontakte,
- Namensnennung und Abbildung auf Fotos auf der Homepage des Ostalbkreises sowie ggf. in weiteren Veröffentlichungsmedien.

Dauer der Datenspeicherung:

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert wie sie für die o.g. Zwecke und ggf. zur Klärung von Fragen, die sich nach dem Abschluss des Beschäftigungs-/Dienstverhältnisses ergeben, erforderlich sind. Da die rechtlichen und tatsächlichen Auswirkungen, die sich aus einem Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnis ergeben können, in der Regel noch weit über dessen Ende hinaus nachwirken können, werden die personenbezogenen Daten standardmäßig erst nach dem Tod der betreffenden Person gelöscht. Sollte der Wunsch auf eine frühere Löschung bestehen, bitten wir um Kontaktaufnahme mit dem Geschäftsbereich Personal.

Recht auf Widerruf

Sollten Sie eine Einwilligung zur Weitergabe Ihrer Bewerbungsunterlagen oder Ihrer bei uns gespeicherten Daten aus anderen Gründen nach Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO erteilt haben, können Sie diese Einwilligung jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Weitere Rechte:

Bezüglich Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten haben Sie ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Widerspruch (Art. 21 DSGVO) sowie Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), sofern die entsprechenden Voraussetzungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hierfür gegeben sind.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Im Rahmen des Dienstverhältnisses bzw. Beschäftigungsverhältnisses besteht die Pflicht, dass Sie Ihre Daten zur Erfüllung vertraglicher, gesetzlicher und sozialversicherungsrechtlicher Verpflichtungen in dem Umfang zur Verfügung stellen wie dies zur Vertragserfüllung/Dienstpflichterfüllung erforderlich ist. Ohne die Bereitstellung der erforderlichen Daten kann eine Beschäftigung bei uns nicht erfolgen.

Automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO

Verfahren zur automatisierten Entscheidungsfindung bei Einzelentscheidungen werden nicht eingesetzt.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Soweit Sie sich durch die Verarbeitung personenbezogener Daten in Ihren Rechten verletzt fühlen, steht Ihnen ein Recht zur Beschwerde beim

Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Postfach 102932
70025 Stuttgart
Tel.: 0711 / 615541-0
Fax: 0711 / 615541-15
poststelle@fdi.bwl.de
zu.